

## **Ausschussvorlage WVA 20/65 – Teil 3 – öffentlich –**

**Stellungnahmen der Anzuhörenden**

ZU

**Gesetzentwurf  
Fraktion der Freien Demokraten  
Hessisches Wasserstoffzukunftsgesetz  
– Drucks. [20/11033](#) –**

21. Dr. Dipl. Ing. Helmut Waniczek

S. 80

# Stellungnahme

**von Dr. Dipl. Ing. Helmut Waniczek**

Sonnenweg 6a  
51465 Bergisch Gladbach  
E-Mail: [waniczek@gmx.net](mailto:waniczek@gmx.net)

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf der  
Fraktion der Freien Demokraten  
Im Hessischen Landtag**

**„Hessisches Wasserstoffzukunftsgesetz (HWZG)“**

**Anlässlich der Anhörung im Ausschuss Wirtschaft, Energie, Verkehr und  
Bauen  
am 06.09.2023**

## Kurzbewertung des Gesetzentwurfs

Der vorliegende Gesetzentwurf Drucksache 20/11033 erklärt als Ziel, Hessens CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2045 um 88% zu senken, obwohl der Ersteller des Gesetzentwurfes auch in der Bundesregierung trotz aller Bemühungen bisher keine Senkung erreicht hat. Die Prognosen des Umweltbundesamtes zeigen sogar einen Anstieg für das Jahr 2022.

Es ist zu erwarten, dass der vorliegende Gesetzentwurf genauso wie die bisherigen Ansätze wirkungslos bleibt, weil er an der Realität vorbei geht und gar keine wirkungsvollen Maßnahmen vorschreibt.

Im ersten Teil werden die Ziele definiert und Subventionen in Aussicht gestellt, die noch dazu unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Werden keine Subventionen beantragt, wird das Gesetz nichts verändern, und die Ziele werden nicht einmal im Ansatz erreicht.

Im zweiten Teil werden die Fördermaßnahmen beschrieben und eine Wasserstoffagentur gegründet werden die Bedarfe ermittelt und Verbraucher unterstützt. Auch dieser Gesetzesteil wird an der Realität nichts verändern.

Im dritten Teil des Gesetzentwurfes werden Anforderungen an landeseigene Gebäude und Beschaffungen mit lauter Kann-Bestimmungen gestellt, sodass auch bei völlig ergebnisloser Tätigkeit der Landesbehörden das Gesetz eingehalten wird.

Warum das so ist, wird beim Studium der vorangestellten Problembeschreibung klar:

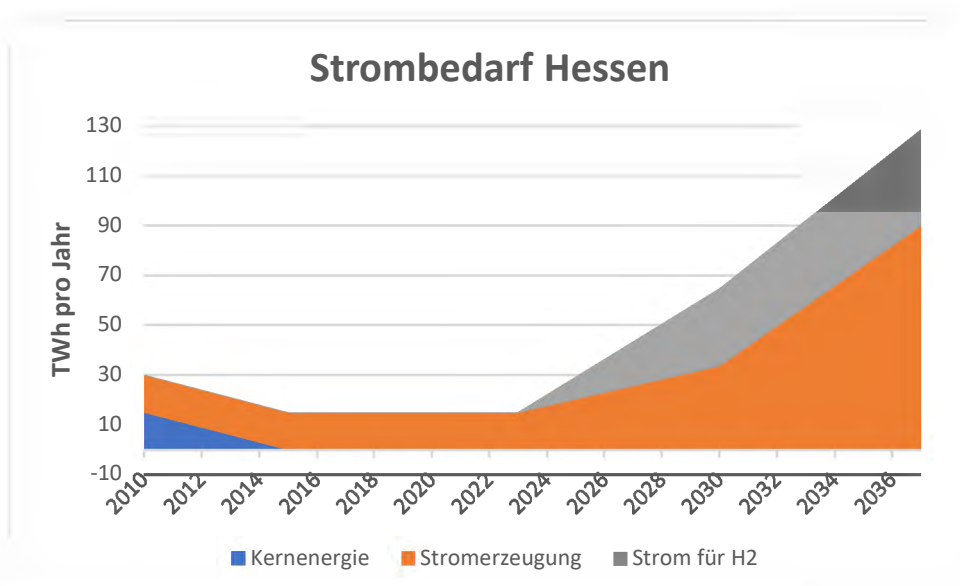
Der Strombedarf Hessens steigt vom Jahr 2019 mit 33,7 TWh auf 83 TWh im Jahr 2037 und dann auf 90 TWh im Jahr 2045.

Deutschlands Bedarf an Wasserstoff soll auf 95 TWh im Jahr 2030 und dann weiter auf 130 TWh steigen. Zusätzlich müssen 55 TWh Wasserstoff, der heute durch Reformierung aus Erdgas oder Kohle hergestellt werden, auf Elektrolyseverfahren umgestellt werden.

Zur Herstellung von 1 TWh Wasserstoff sind 2,6 TWh Strom nötig. Das bedeutet, dass für die 150 TWh Wasserstoff (95+55) im Jahr 2030 390 TWh Strom, und im Jahr 2045 für 185 TWh Wasserstoff (130+55) 481 TWh Strom nötig werden.

Mit Hessens Bevölkerungsanteil von etwa 8% der Bundesrepublik entfallen rein rechnerisch als Strombedarf für die Wasserstoffproduktion 31 TWh für 2030 und 38,5 TWh 2045 an.

Grafisch sieh der hessische Strombedarf also so aus:



Der Mix der hessischen Stromerzeugung hat sich während der letzten 5 Jahre trotz des beabsichtigten Ersatzes der fossilen Brennstoffe praktisch nicht verändert. Seit 5 Jahren werden etwa 8 TWh Strom aus Wind- und Sonnenenergie erzeugt und es gelang nicht, den Anteil zu steigern. Doch plötzlich soll die Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom innerhalb von 14 Jahren um das 16-fache steigen.

Ein Windrad erzeugt etwa 0,013 TWh Strom pro Jahr, da Hessen rel. Windarm ist, können nur 0,01 TWh pro Jahr erwartet werden. Um die für das Jahr 2037 geforderte Strommenge von 128,5 TWh zu erzeugen ist der Betrieb von zusätzlichen 12.000 Windrädern (WKA) erforderlich, das sind fast 1.000 pro Jahr.

In den letzten 4 Jahren wurden jeweils 12 WKA's pro Jahr in Betrieb genommen. Da die Produktion an Windstrom aber konstant geblieben ist, muss die gleiche Anzahl auch außer Betrieb gegangen sein.

Die Investitionskosten für ein Windrad sind etwa 3,2 Mio €. Es müssen also pro Jahr 3,2 Mrd. € nur für die Errichtung der WKA's aufgebracht werden, bis 2037 aber 38,4 Mrd. €.

Die Kosten für die Ertüchtigung des Stromnetzes und die Errichtung der Infrastruktur für eine „Wasserstoffwirtschaft“ können noch gar nicht abgeschätzt werden.

Die vorliegenden Zahlen zeigen eindrucksvoll, wie unrealistisch der vorliegende Gesetzentwurf ist. Man muss doch davon ausgehen, dass eine Landesregierung, deren Parteien vor vielen Jahren den Atomausstieg und den Kohleausstieg beschlossen haben alle Anstrengungen unternommen haben, um Hessen schnellstens auf Wind- und Sonnenstrom umzustellen. Dass sich in 10 Jahren praktisch nichts geändert hat, außer dass Hessen heute nur halb so viel Strom erzeugt wie vor 15 Jahren, belegt diesen Befund noch zusätzlich.

Aber nachdenklich sollte Sie stimmen, was der Vertreter des Verbraucherschutzes Bundesverband, Herr Dr. Thomas Engelke in der Anhörung im Bundestagsausschuss zu Wasserstoff sagte: „Es gibt einen Grundkonsens in der Wissenschaft, dass Wasserstoff für den Gebäudesektor in 2030 oder vielleicht auch 2045 kaum eine Rolle spielen wird. Wasserstoff bleibt also ein knappes und teures Gut.

Politiker, die den Bürgern erzählen, dass es Wasserstoff in Zukunft zu bezahlbaren Preisen in ausreichender Menge gäbe, täuschen die Bürger.

Dr. Dipl. Ing. Helmut Waniczek

